

CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
FDP-Fraktion
Fraktion Die LINKE
Gordana Rammert, Bürgernähe
Michael Gugat, LIB

**Drucksache
3620/2020-2025**

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Pit Clausen
im Hause

8. 3. 2022

Sehr geehrter Herr Clausen,

zu TOP 3.1.: „Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine“ stellen wir folgenden gemeinsamen Antrag:

1. Der Rat der Stadt verurteilt nachdrücklich den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der durch den russischen Staatschef Putin begonnen worden ist und unterstützt die Forderungen nach einem sofortigen Ende der Kampfhandlungen und einem bedingungslosen Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine.
2. Unsere Solidarität gilt in diesen schweren Stunden den Menschen in der Ukraine, die Opfer der massiven Angriffe des russischen Militärs werden. Wir bitten die Bundesregierung und die internationalen Organisationen alles zu tun, um diesen unschuldigen Opfern des Krieges die dringend benötigte humanitäre Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen!
3. Der Rat der Stadt erklärt ausdrücklich seine Bereitschaft, Geflüchtete aus der Ukraine in unserer Stadt aufzunehmen und unterstützt alle Aktivitäten der Verwaltung und der Zivilgesellschaft, die dafür notwendig sind. Unser Dank gilt all jenen, die bereits tätig sind und unbürokratisch Hilfen zur Verfügung stellen, insbesondere die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft Bielefeld, die ukrainisch-katholische Gemeinde und die Jüdische Kultusgemeinde.
 - Wir bitten die Verwaltung, gemeinsam mit den Wohnungsgesellschaften, ausreichenden Wohnraum und Unterkunftsmöglichkeiten für die ankommenden Geflüchteten zur Verfügung zu stellen. Auch Angebote von privaten Wohnungsbesitzer und -besitzerinnen sollen einbezogen werden. Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, Vorbereitungen zu treffen, um auch Wohnraum nutzen zu können, der sich im Besitz der BlmA befindet.
 - Der Rat der Stadt begrüßt und billigt die seitens der Verwaltung vorgenommene Unterstützung und Versorgung der hilfsbedürftigen Geflüchteten aus der Ukraine nach den Regeln des Asylbewerberleistungsgesetzes.
 - Viele Geflüchtete kommen bei Verwandten oder Freunden unter und werden von diesen unterstützt. Wir bitten die Verwaltung, kurzfristig eine Lösung für die Übernahme eventuell anfallender Kosten der Gesundheitsversorgung sowie die Unterstützung beim Zugang ins Gesundheitswesen vorzuschlagen. Die Einführung einer Gesundheitskarte für die Geflüchteten soll geprüft werden.

- Die Verwaltung wird gebeten, alle Ankommenden hinsichtlich ihres Impfstatus zu beraten und niedrigschwellig Corona-Impfungen anzubieten.
 - Der Rat begrüßt die Einrichtung einer zentralen Erstanlaufstelle für die ankommenden Geflüchteten bei der Stadtverwaltung, die die Erstversorgung der Menschen umfassend gewährleistet. Das vorhandene Personal ist gegebenenfalls aufzustocken und durch Muttersprachlerinnen und –sprachler zu ergänzen. Im Bereich der Kommunalen Ausländerbehörde nimmt die „Clearingstelle“ die Aufgabe einer zentralen Informationsstelle für ausländerrechtliche Fragestellungen für die Geflüchteten wahr.
 - Da es sich bei den Geflüchteten in der Regel um Frauen, Mütter mit Kindern und ältere Menschen handelt, ist auf deren Bedarfe besonders zu achten.
 - Angebote zur Kinderbetreuung, zur Beschulung von Kindern und Jugendlichen sollen ebenso kurzfristig bereitgestellt werden, wie Freizeit-, Treffpunkt- und Begegnungsmöglichkeiten für die Geflüchteten.
 - Die Verwaltung wird gebeten gemeinsam mit Trägern ein auskömmliches Platzangebot zur Versorgung und Betreuung für „Unbegleitete minderjährige Ausländer*innen“ (UMA) zu schaffen.
 - Wir unterstützen die Reaktivierung bewährter Netzwerke und Arbeitsstrukturen („Bielefeld integriert“; „Geflüchtete willkommen in Bielefeld“ oder „Solidarische Corona Hilfe“), um Bedarfe und Angebote optimal zu koordinieren zu können.
 - Die Informationsangebote auf der Webseite der Stadt sowie auf der BielefeldApp werden laufend erweitert und mehrsprachig zur Verfügung gestellt z.B. um Übersichten über Ärztinnen und Ärzte, Beratungsstellen, Begegnungsstätten, Bezugsquellen für Sachspenden o.ä.).
 - Für unbürokratische Soforthilfen für Geflüchtete sowie Unterstützung ehrenamtlichen Engagements wird ein Budget in Höhe von 250.000 Euro beim Amt für Soziale Leistungen zur Verfügung gestellt.
 - Die Verwaltung wird gebeten, die politischen Gremien laufend zeitnah über die Entwicklung der Situation zu informieren.
4. Gerade in der derzeitigen Situation ist es notwendig, die Kontakte auf der Ebene der Zivilgesellschaft in die Städte aufrechtzuerhalten, mit denen wir durch Städtepartnerschaften verbunden sind. Dies gilt für Gusev und Weliki Nowgorod in Russland ebenso wie für Rzeszów in Polen. Die in diese Städte über lange Jahre aufgebauten Kontakte wollen wir weiterführen und nach Möglichkeit auch weiterentwickeln. Das ist aufgrund der massiven Unterdrückungsmaßnahmen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen in Russland zur Zeit leider nahezu ausgeschlossen. Der in der Nähe zur ukrainischen Grenze gelegenen Stadt Rzeszów bieten wir konkrete Unterstützung bei der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten an.

Begründung erfolgt mündlich!

Ralf Nettelstroth,
CDU-Fraktion

Riza Öztürk,
SPD-Fraktion

Christina Osei,
Bündnis 90/Die GRÜNEN

Jasmin Wahl-Schwentker,
FDP-Fraktion

Bernd Vollmer,
Fraktion Die LINKE

Gordana Rammert,
Bürger näh e

Michael Gugat,
LIB